

Im Zweifel Hartz IV für Terror-Opfer

von Wolfgang Prabel

[Veröffentlicht am 28.12.2016 von geolitico.de](#)



Der Bundestag © GEOLITICO

- **Die deutsche Staat sieht keine Entschädigung für die Berliner Terror-Opfer vor. Es ist gut möglich, dass sie im Rollstuhl auf Sozialhilfe abgeschoben werden.**

Das weibliche Fernseh-Sandmännchen *Marietta Slomka* fasste das, was in Berlin auf einem Weihnachtsmarkt geschehen war, in einem gedanklich sehr unterbelichteten Satz zusammen: *„Neun Tote sind ums Leben gekommen.“*

Nun, mit dem Bildungsniveau bei den Bediensteten des zwangsfinanzierten Staatsfernsehens habe ich schon lange gehadert. Die inzwischen zwölf Toten haben es gut. Sie sind vielleicht im Himmel und brauchen sich über Frau Slomka und Frau Dr. Merkel nicht mehr zu ärgern. Anders sieht das bei den Familienangehörigen und den Schwerverletzten aus. Für sie beginnt nun der Kampf ums Geld, denn nur mit viel Geld lässt sich ein Restleben im Rollstuhl oder mit ruinierten Gliedmaßen bzw. mit einem fehlenden Ernährer einigermaßen erträglich gestalten.

Ein Kraftfahrzeugunfall

In Deutschland gilt das Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (Opferentschädigungsgesetz – OEG) von 1976. Geschädigte erhalten die aufgrund der Schädigungsfolgen notwendigen Maßnahmen der Heilbehandlung und der medizinischen Rehabilitation einschließlich psychotherapeutischer Angebote.

Darüber hinaus erhalten Geschädigte entsprechend dem Grad der Schädigungsfolgen eine Einmalzahlung von 714 Euro bis 14.976 Euro. Bei Verlust mehrerer Gliedmaßen, bei Verlust von Gliedmaßen in Kombination mit einer Schädigung von Sinnesorganen oder in Kombination mit einer Hirnschädigung, bei schweren Verbrennungen oder bei vollständiger Gebrauchsunfähigkeit von mehr als zwei Gliedmaßen beträgt die Einmalzahlung 25.632 Euro.

Nun handelt es jedoch um einen Kraftfahrzeugunfall. Da gilt das hinsichtlich der Entschädigungssummen ohnehin sehr poplige OEG angeblich nicht. So sagt der Opferschutzbeauftragte des Landes Berlin, dass die Opfer des Anschlags laut Gesetz keine Entschädigung erhalten: [\[1\]](#)

→ *„Das liegt daran, dass der Täter einen Lkw als Waffe missbraucht hat. In Paragraph 1, Absatz 11, steht drin: Das OEG findet keine Anwendung, wenn Angriffe durch den Gebrauch eines Kraftfahrzeuges verursacht worden sind. Damit sind alle Betroffenen ausgeschlossen – bis auf einen: Der polnische Lkw-Fahrer wurde ja vom Attentäter erschossen. Das heißt, seine Familie kann einen Antrag auf Entschädigung stellen. Alle anderen nicht. Es ist absurd.“*

Nein, das ist die Realität in Merkeldeutschland. Vermutlich muss die Haftpflichtversicherung des Halters nun für die deutschen Opfer zahlen. Im Allgemeinen sind die Haftpflichtentschädigungen etwas großzügiger als der deutsche Staat. Aber bei wem ist der Laster versichert? Bei einer polnischen Versicherung? Da würde ich schon mal anfangen, diese schöne Sprache zu lernen, um mit polnischen Anwälten und Gerichten zu verhandeln. *Język w 6 przypadkach nie jest łatwe* – Eine Sprache mit 6 Fällen ist nicht ganz einfach. Und sind die Deckungssummen zwischen Oder und Bug wirklich so hoch wie in Deutschland?

Oder gibt es in den Versicherungsbedingungen der Haftpflicht des polnischen Lkws vielleicht Ausschlusskriterien bei Terror? Ich weiß es nicht.

Soziale Gerechtigkeit?

Fragen über Fragen, deren Antworten aufzeigen könnten, wie desolat das deutsche Entschädigungswesen ist und welche Schwierigkeiten die armen Opfer des Terrors haben werden. Außerdem würden sie wohl schon wieder ein schlechtes Licht auf das inkompetente regierende Damenkränzchen *Merkel – Schwesig – Nahles* werfen.

Der Unfall ist nicht passiert, weil das relativ neue Fahrzeug schlecht gewartet war. Auch war der Fahrer nicht besoffen. Der Unfall ist passiert, weil eine deutsche Kanzlerin folgender Überzeugung ist: *„Es kann nicht sein, dass irgendetwas geschlossen wird“*. Mit „irgendetwas“ meinte sie die Grenzen.

Wenn nun eine polnische Versicherung für einen von einer deutschen Bundeskanzlerin begünstigten Terroranschlag eines Moslems zahlen muss, dann zahlen die deutlich ärmeren Beitragszahler einer Versicherung, statt dass die im Durchschnitt reicheren Steuerzahler in Anspruch genommen werden. Das nennt sich bei CDU und SPD *„soziale Gerechtigkeit“*.

Wir leben in einer wirklich total verrückten Welt. Die Polen haben viele gute Gründe keine Moslems reinzulassen. Trotzdem müssen sie für die verantwortungslose deutsche Politik nun wohl sehr viele Millionen zahlen. Nur zum Vergleich: Das Bataclan-Massaker kostet den französischen Steuerzahler etwa 300 Millionen Euro. Allerdings gibt es in Frankreich auch angemessene Entschädigungen.

Die Antifa hat oft gebrüllt: *„Deutschland, du mieses Stück Scheiße“*. Die Jungs haben ja manchmal Recht. Wenn man sich die geringe Entschädigung von Opfern des politischen Islams ansieht, ist Merkeldeutschland wirklich ein mieses Stück Scheiße. Hauptsache die Antifa und die Kahane-Stiftung bekommen Geld. Die anderen werden mit ihrem Rollstuhl auf Sozialhilfe abgeschoben!

Anmerkung

[1] <https://www.welt.de/vermishtes/article160639609/Fuer-Anschlaege-mit-Lkw-gibt-es-keine-Entschaedigung.html>